

18. Januar 2013

## **Zuwanderung aus Südosteuropa**

Seit 2007 erlebt die Stadt Duisburg wie viele andere Kommunen in Deutschland eine deutliche Zunahme der Zuwanderung aus den neuen EU-Ländern. Migration nach Deutschland veränderte sich damit grundsätzlich: Kamen früher vorrangig Menschen aus der Türkei und aus der ehemaligen Sowjetunion zu uns, sind es heute verstärkt und mit monatlich steigender Tendenz Menschen aus den Beitrittsländern Polen, Rumänien und Bulgarien. Dieser Zustrom von EU-Binnenmigranten, die alle mit der Hoffnung kommen, ihre wirtschaftliche und persönliche Lebenssituation zu verbessern, wird sich auch in diesem Jahr fortsetzen und nach Einschätzung der Duisburger Wohlfahrtsverbände mit der Einführung der uneingeschränkten Freizügigkeit („Schengen-Abkommen“) nach dem 1. Januar 2014 noch weiter anwachsen.

Die Europäische Union hat der Bundesrepublik Deutschland seinerzeit 7 Jahre Zeit gegeben, um das hiesige Sozialsystem und den Arbeitsmarkt auf die EU-Erweiterung einzustellen. Wie wir alle beobachten konnten, blieb diese Zeit ungenutzt. Die Duisburger Wohlfahrtsverbände erwarten auch für das begonnene Jahr 2013 insbesondere von den zuständigen Stellen bei Bund und Land keinen grundsätzlichen Kurswechsel. Ganz offensichtlich wird so getan, als ob es das angesprochene Zuwanderungsphänomen nicht gäbe.

*Die Zukunftsaufgabe der Integration von zuwandernden Menschen aus dem EU-Raum wird die Duisburger Stadtgesellschaft mit ihren Möglichkeiten und Mitteln alleine stemmen müssen.*

Es sind, anders als manchen vorschnellen öffentlichen Verlautbarungen zu entnehmen ist, keine zusätzlichen Gelder von der EU, vom Bund oder vom Land für die Stadt Duisburg zu erwarten, jedenfalls nicht in nennenswertem Umfang. Das ändert sich auch nicht durch Papiere mit gedruckten Handlungsempfehlungen, mögen diese auch noch so gut und sinnvoll sein. Es zählen allein sichtbare und konkrete Aktivitäten zur Bewältigung der Situation.

*Die Duisburger Stadtgesellschaft wird sich der Herausforderung zur Integration immer neuer und wechselnder Zuwanderungsgruppen stellen müssen.*

Das hat sie auch schon in der Vergangenheit getan und war immer dann besonders erfolgreich, wenn sich die Bemühungen zur Integration auf möglichst viele Einwohnerinnen und Einwohner stützen konnten. Es geht und ging immer auch darum, neue Bürgerinnen und Bürger für Duisburg zu gewinnen. Diejenigen, die bereits vor Jahrzehnten neu zu uns kamen, haben sich und uns oft die Frage gestellt: Wie lange bleiben wir Migranten? Wann werden wir dazugehören? Heute sind diese Zuwanderer von damals selbst schon Teil der Aufnahmegesellschaft. Das ist ein richtiger Schritt in Richtung praktizierter Normalität und gelebter Integration.

Migration und Zuwanderung ist ein permanenter Prozess, der seinen Abschluss eben nicht mit der klassischen Arbeitsmigration („Gastarbeiter“) oder mit der späteren Heiratsmigration fand. Auch Armutsmigration innerhalb und außerhalb der EU gehört dazu. Und im Rahmen der EU-Wirtschaftskrise sind wir erst am Anfang von Arbeitnehmerwanderungsbewegungen. Die Gestaltung und Unterstützung des freien Zugangs zum Binnenarbeitsmarkt ist nach geltendem Recht genauso eine Schlüsselaufgabe der EU wie etwa die Bankenrettung. Konstante Zuwanderung stellt deshalb bald, wenn nicht sogar schon jetzt, eine gesellschaftliche Normalität dar, auf die wir uns einrichten müssen.

*Eine Ethnisierung der Neuzuwanderung, die real bestehende Integrationsprobleme vorrangig oder ausschließlich mit Herkunft oder Volkszugehörigkeit begründet, ist weder realitätsbezogen noch hilfreich.*

In den Jahren der Arbeitnehmeranwerbung aus dem ehemaligen Jugoslawien sind beispielsweise Tausende von Roma als Arbeiter zu uns gekommen - und wir haben sie nicht einmal

bemerkt. Duisburg hat im Kern kein „Problem mit Sinti und Roma“, sondern die schwierige Aufgabe, soziale und ökonomische Unterschiede zu überwinden, ohne auf entsprechende finanzielle Unterstützung zurückgreifen zu können!

*Bildungsgerechtigkeit und -chancen* für alle Duisburger Kinder und Jugendliche herzustellen, gehört dabei zu den elementaren Voraussetzungen. Stattdessen erleben wir jetzt seit Jahren Neuzuwanderung, ohne dass sich das Schulsystem ausreichend auf diese Situation eingestellt hätte. Permanent existiert eine Warteliste mit Minderjährigen, die auf einen Schulplatz warten. Ein völliges Unding ist, wenn die Kindergeldkasse eine Schulbescheinigung zur Auszahlung von Leistungen verlangt und gleichzeitig das Kind überhaupt keinen Schulplatz zugewiesen bekommt.

Der unzureichenden Funktionsweise des Bildungssystems entspricht eine *Sozialgesetzgebung*, die zulässt, dass Menschen, die völlig legal unter uns leben, über Jahre ohne ausreichende Grundversorgung mit Nahrung, Wohnraum, Kleidung und medizinischer Betreuung gelassen werden. Das ist einfach ungerecht und lässt sich keineswegs damit rechtfertigen, dass es unter den Zuwandernden zweifellos auch Menschen gibt, die sich in illegalen Bereichen bewegen. Natürlich müssen die bestehenden Gesetze in unserer Stadt eingehalten werden, und natürlich müssen ordnungsrechtliche Bestimmungen umgesetzt und durchgesetzt werden. Die gelegentlich dazu geforderte „Task-Force“ reicht aber nicht aus, um das Zusammenleben wirklich positiv zu gestalten. Auch eine Vergraul- und Abschreckungsstrategie, mit der mancher vielleicht liebäugelt, kann weder den sozialen Frieden sichern noch weitere Zuwanderung verhindern.

Dieselben politisch Verantwortlichen, die angesichts des Beitritts von Rumänien und Bulgarien zur EU dem deutschen *Arbeitsmarkt* eine schützende und anpassende Übergangsphase bis Ende 2013 gönnen wollten, haben es zugelassen, dass in einer Stadt wie Duisburg Zehntausende von Menschen auf Dauer unterhalb des Hartz-IV-Niveaus leben. Da helfen auch die Veröffentlichungen von Armutsstudien nicht weiter, die von sogenannter „relativer Einkommensarmut“ ausgehen; sie spiegeln längst nicht mehr die Lebensrealität der Menschen in unserer Stadt wieder. Tatsächlich zeichnet sich statt angemessener Arbeitsmöglichkeiten die Existenz einer Schattenwirtschaft ab, die an der arbeitsrechtlichen Situation der Neuzuwanderer wirtschaftlich profitiert und bedenkenlos ausnutzt, dass die Menschen, die zu uns kommen, über ihre Rechte als Arbeitnehmer vollkommen uninformiert und der Willkür ihrer „Arbeitgeber“ schutzlos ausgeliefert sind. Vielfach existieren mittlerweile auch Sozialleistungsansprüche (im Wesentlichen handelt es sich um aufstockende Leistungen für Selbstständige oder ergänzende Leistungen für Arbeitnehmer); hierüber sind Neuzuwanderer ebenfalls nicht ausreichend informiert.

*Die Duisburger Wohlfahrtsverbände haben sich zwischenzeitlich auf den Weg gemacht und bieten selbstständig von sich aus den Menschen Hilfe und Unterstützung an.*

Sie nutzen ihre vorhandenen Ressourcen und Möglichkeiten, um den Menschen die Integration und das Leben in unserer Stadt zu erleichtern. Dazu gehören spezielle Angebote, beispielsweise für Frauen oder Kinder im ersten Grundschuljahr, ebenso wie die Öffnung der Regeldienste, beispielsweise in der Jugend- oder Familienhilfe – im Übrigen auch über die mit den Kostenträgern vereinbarten Kontingente hinaus. Die Verbände fassen ihre Angebote zusammen und erstellen eine Übersicht über die bereits vorhandenen Leistungen und Hilfen. Die Verbände sehen weitergehende Handlungsnotwendigkeiten, um sich auf die absehbare Zunahme von Zuwanderung vorzubereiten. Das Jahr 2013 wird von Politik und Verwaltung im Allgemeinen als Übergangszeit zur vollständigen Freizügigkeit betrachtet. Man muss sich aber klar machen, dass sich die soziale Situation der betroffenen Menschen ab dem 01.01.2014 nicht „zum Stichtag“ gravierend verändern wird. Wir müssen jetzt schon die Weichen für eine schnelle und umfangreiche Integration der Neuzuwanderer stellen.

*Vorrangige Aufgabe* ist es, den Zugang zu legalem Erwerbsleben zu ermöglichen. Dazu wiederum gehören als Voraussetzungen:

- der baldige Zugang zum Spracherwerb,
- die Einrichtung von ortsnahen Schulplätzen,
- die Verbesserung der medizinischen Versorgung der Neuzuwanderer,
- die Unterstützung bei der Findung von angemessen ausgestatteten Wohnraum und
- die Information über Rechte und Pflichten in Deutschland.

Im Zusammenhang des zuletzt genannten Punktes sollten sich die politischen Parteien und die Stadtöffentlichkeit klar machen, dass die Neuzuwanderer als EU-Bürger auch ein kommunales Wahlrecht in unserer Stadt haben!

*Es steht außer Frage, dass die erheblichen Probleme, die mit den beschriebenen Integrationsaufgaben in einer ohnehin vielfach benachteiligten Stadt wie Duisburg verbunden sind, aus einer Gesetzgebung resultieren, die nicht in Duisburg gemacht worden ist.*

Natürlich wären EU und Bund in der Handlungspflicht. Aber bis diese Frage, die auch ganz wesentlich von Wahlkämpfen, parteipolitischer Opportunität und mangelndem Handlungswillen abhängt, geklärt ist, kann unsere Stadtgesellschaft nicht warten. Wir selbst vor Ort müssen die Zukunft und das Zusammenleben gestalten, und zwar heute und aus eigener Kraft. Die Wohlfahrtsverbände sind davon überzeugt, dass dies gemeinsam gelingen kann.